

## Unterlassene Hilfeleistung

VON MORITZ DÖBLER

In der vierten Welle der Pandemie bleibt unklar, wer für deren Bekämpfung die nationale Verantwortung übernimmt. Das politische Vakuum wächst Tag für Tag. Wer neuerliche massive Einschränkungen verhindern will, muss jetzt handeln.

Die Länder sind sich nicht einig, die Kommunen warten auf Ansagen. Die Bundesregierung amtiert nur noch geschäftsführend. Eine neue Regierung übernimmt frühestens in vier Wochen. Eine Ministerpräsidentenkonferenz unter Merkmals Regie kann es nicht mehr geben, zumal die Verfassung sie nicht vorsieht. Bleiben die Ampel-Fraktionen, die den gesetzlichen Rahmen neu definieren wollen, sich damit aber schwertun.

Der sich zuspitzenden Lage in den Kliniken wird diese unterlassene Hilfeleistung nicht gerecht. Und es gibt eigentlich nur einen, der das ändern könnte, aber darauf verzichtet: Olaf Scholz. Denn der Sozialdemokrat kann nicht nur damit rechnen, im Bundestag zum nächsten Kanzler gewählt zu werden, sondern er amtiert als geschäftsführender Vize-Kanzler. Nichts läge näher, als gleichsam die Geschäftsführung in der Bekämpfung der Pandemie zu übernehmen – Scholz ist das stärkste Bindeglied zwischen scheidender und designierter Bundesregierung. Gerade hat er diese Rolle beim G20-Gipfel aktiv ausgeübt. Helfen könnte ihm auch ein Blick in die Geschichte Hamburgs, mit der er als früherer Erster Bürgermeister vertraut sein müsste. Vor knapp 60 Jahren übernahm dort ein gewisser Helmut Schmidt die Verantwortung für die Bekämpfung der Flut. Er war Polizeisenator, mehr nicht, und setzte sich über Zuständigkeiten gezielt hinweg.

Genau das ist von Scholz jetzt gefragt. Führung bedeutet mehr, als eine Richtlinienkompetenz innezuhaben oder anzustreben, sondern Verantwortung im Wortsinn zu übernehmen – sie sich also zu nehmen. Am Donnerstag wird er nun im Bundestag sprechen.

**BERICHT** WAS SICH IM KAMPF GEGEN CORONA ... POLITIK

## Den Druck erhöhen – auch auf Polen

VON GREGOR MAYNTZ

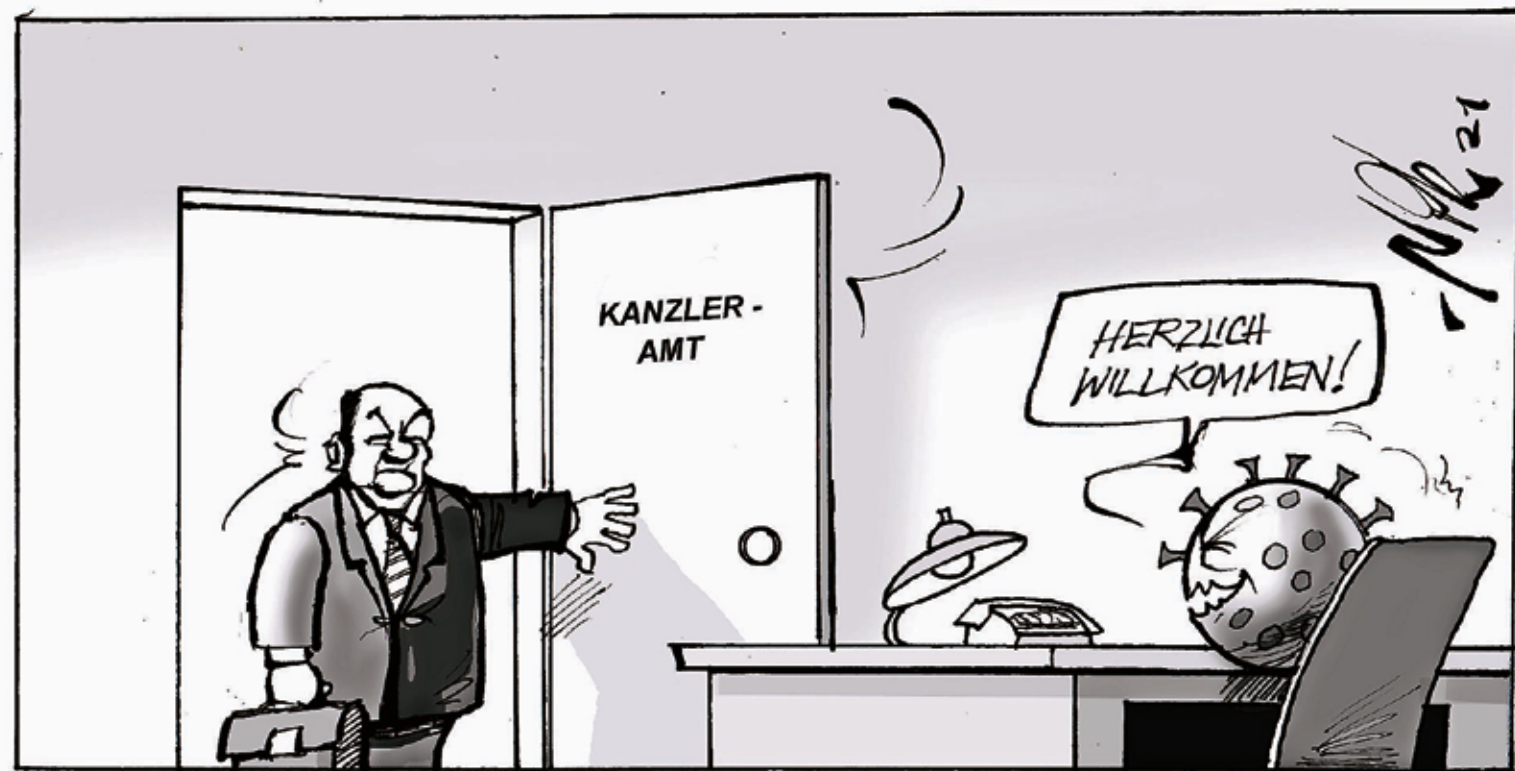
Die Europäische Union drohte Belarus mit neuen Sanktionen, als im Sommer Dutzende Flüchtlinge an der EU-Außergrenze ankamen. Sie drohte mit neuen Sanktionen, als es im Oktober Hunderte waren, und sie tut es jetzt wieder, da Tausende kommen. Es wäre wohlfeil, als wirksamere Konsequenz der EU zuzurufen: Dann hör' auf zu drohen, mach' doch mal! Denn die EU macht ja. Die Zahl der belarussischen Staatsdiener, Firmen und Organisationen, die nicht mehr so einfach EU-Länder bereisen dürfen und deren Gelder in der Union eingefroren werden, wächst von Sanktion zu Sanktion. Aber offenbar ist das Regime in Minsk vom bisherigen Vorgehen nicht wirklich beeindruckt.

Eine Ursache liegt in der schwer erträglichen Uneinigkeit der EU in den entscheidenden Fragen. Polen treibt dies in diesen Tagen auf die Spitze. Stabilität und Sicherheit der gesamten EU stünden jetzt auf dem Spiel, klagt Polen – und suggeriert damit, dass die EU dem Land endlich helfen müsse. Tatsächlich stehen Grenzsicherer, Asylxperten, Polizeitruppe und sogar die Nato bereit, den Partner massiv zu unterstützen. Doch bislang dosiert Warschau diese Angebote, ruft das meiste davon nicht mal im Ansatz ab.

Deshalb ist die EU gefordert, sowohl auf die Akteure in Polen als auch auf die im Umfeld Belarus' den Druck massiv zu verstärken. Viele helfen Schleuser Alexander Lukaschenko. Zudem steht Moskau hinter Minsk. Es scheint auch Wladimir Putins Kalkül zu sein, in der Phase, in der Deutschland handlungsunfähig erscheint und das EU-Bündnis an seiner Ostflanke tiefe Risse bekommt, die Spaltung zu beschleunigen. Darauf sollten die EU-Mitglieder innerhalb der nächsten Tage mit einem konzertierten Vorgehen reagieren. Und eine gemeinsame Ansage von Angela Merkel und Olaf Scholz Richtung Moskau sollte dabei nicht fehlen.

**BERICHT** POLEN SCHLIESST GRENZE ZU BELARUS, POLITIK

## Impressum RP



MACHTHABER

RP-KARIKATUR: NIK EBERT

**ANALYSE** Im OECD-Ländervergleich ist Deutschland in Sachen E-Learning weiter abgerutscht und liegt nur auf Platz 18 von 32 Ländern. Das zeigt eine neue Studie. In zu vielen Bereichen verharrt das Land im Mittelmaß und ist zu langsam.

## Abgehängt bei der digitalen Bildung

VON REGINA HARTLEB

Wir zählen das dritte Schuljahr im Zeichen der Pandemie. Der Präsenzunterricht läuft, aber er bleibt ein Wackelkandidat. Ein erneutes Lernen auf Distanz will die Politik um jeden Preis vermeiden. Zu Recht, denn die Pandemie hat Deutschlands eklatante Schwächen in der Digitalisierung und beim E-Learning offenbart. Vor allem während des ersten Lockdowns im Frühjahr 2020 verdiente Homeschooling vielerorts nicht den Begriff Unterricht.

Seither ist durchaus einiges passiert. Digitale Lernplattformen, Videokonferenzen und Online-Präsentationen sind an den meisten Schulen heute keine Fremdwörter mehr. Bund und Länder haben Geld in die Hand genommen, alle Beteiligten dazugelernt. Aber die Anstrengungen reichen längst nicht. Das offenbart eine Studie der Lernplattform Preply. Zum zweiten Mal nach 2020 hat sie die Voraussetzungen für erfolgreiches E-Learning und digitale Bildung in 32 OECD-Ländern untersucht. In diesen sogenannten E-Learning-Index fließen ganz verschiedene Kriterien ein. Dazu gehören etwa Zugänge zu Computern, die Anzahl der Fernstudiengänge, Ausgaben für Bildung, die Breitband- und mobile Internetgeschwindigkeit, aber auch der durchschnittliche Lohn für eine Nachhilfestunde. Das Ergebnis ist aus deutscher Sicht enttäuschend: Im Vergleich zu 2020 hat Deutschland demnach kaum in bessere Bedingungen für das Online-Lernen investiert. Im internationalen Vergleich rutschte es 2021 sogar ab von Rang 13 (2020) auf Rang 18.

Andere Länder haben dagegen deutliche Fortschritte erzielt. Auf dem ersten Platz liegt nun Dänemark, der Zweitplatzierte von 2020. Weitere europäische Nachbarn haben ebenfalls deutlich auf- und häufig überholt: So schob sich Großbritannien von Rang 16 auf Platz vier, Frankreich wanderte von Rang 14 auf Platz fünf, Polen von Platz 19 an die siebte Position.

**Weniger Bürokratie, mehr Tempo – damit wäre schon viel gewonnen**

Woran liegt das schlechte Abschneiden Deutschlands? Es ist weniger ein Totalausfall in einzelnen Bereichen als vielmehr die Summe zahlreicher mittelständiger Ergebnisse. Bei keinem der untersuchten Kriterien schneidet Deutschland extrem schlecht ab. Manches ist sogar deutlich besser geworden, zum Beispiel die Internetgeschwindigkeit. Vor rund einem Jahr war dies noch der große Schwachpunkt im E-Learning-Index von Preply. Damals galt das langsame Netz hierzulande als die größte Bremse für den digitalen Fortschritt. Die Geschwindigkeit ist nach Studiengängen sowohl im Breitband als auch mobil um jeweils mehr als 30 Megabit pro Sekunde (Mbit/s) schneller geworden. Mit 123 Mbit/s im Breitband-Internet hinkt Deutschland aber immer noch vielen Ländern hinterher. Mittelmaß eben.

Auch der Bevölkerungsanteil mit Computerzugang ist im Land von 93 auf 96 Prozent gestiegen. Hier kann Deutschland sogar mit Spitzenreiter Dänemark (95 Prozent) mithalten. Schaut man sich aber zum Beispiel den durchschnittlichen Stundenlohn eines Nachhilfelehrers an, liegt Deutschland mit 20 Euro pro Stunde weit unten – nur Dänemark, Norwegen die Schweiz und Luxemburg sind hier teurer. Auch die durchschnittlichen monatlichen Kosten für einen Breitband-Internetzugang sind in Deutschland mit 34 Euro recht hoch, immerhin 15 andere Länder sind hier zum Teil deutlich günstiger. Richtig gut aufgestellt ist Deutschland nur beim Angebot der Fernstudiengänge und der Anzahl der Studierenden.

Es hat also durchaus messbare Anstrengungen in Deutschland gegeben. Aber andere Länder haben schneller und auch effektiver auf die Anforderungen der Digitalisierung reagiert. Bestes Beispiel für die deutsche Langsamkeit ist der „Digitalpakt Schule“, den die Bundesregierung im Jahr 2019 aufgelegt hat. 6,5 Milliarden Euro stellt der Bund hier mittlerweile bereit, inklusive dreier zusätzlich eingeführter Coronahilfen. Abgerufen sind davon laut Zahlen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gerade einmal 852 Millionen Euro. Beantragt und bewilligt, aber noch nicht abgerufen sind rund 1,4 Milliarden Euro (Stand 30. Juni 2021).

Zwei Drittel des Fördertopfes sind also noch ungenutzt und nicht einmal geplant. Nur die Coronahilfe II aus dem Sommer 2020 ist laut Bundesbildungsministerium nahezu ausgeschöpft worden. Von den bereitgestellten 500 Millionen Euro für Online-Lehrmaterial und mobile Endgeräte für Schüler sind 470 Millionen verwendet. Das hat sich auch im Distanz-Unterricht des zweiten Lockdowns positiv bemerkbar gemacht. Geld ist also vorerst ausreichend vorhanden. Warum werden die Mittel nicht genutzt? Das Bundesbildungsministerium gibt in seinem Bildungsbericht „fortlaufende Einschränkungen aufgrund der Covid-19-Pandemie wie Verzögerungen bei Handwerks- beziehungsweise Installationsarbeiten oder Lieferengpässe bei IT-Beschaffungen“ an. Dies stelle Länder und Schulträger weiterhin „vor große Herausforderungen bei der Umsetzung des Digitalpakts Schule“. Eine Umfrage des Deutschen Instituts für Urbanistik für die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in 266 Kommunen und Landkreisen ergab außerdem: Mehr als die Hälfte (53 Prozent) zählten „personelle Engpässe in der Fachverwaltung“ und ein „kompliziertes Antragsverfahren“ zu den Hauptgründen für den schleppenden Mittelabfluss der Fördergelder aus dem Digitalpakt Schule. Für 50 Prozent der Kommunen zählen auch „Lieferengpässe für digitale Ausrüstung“ dazu.

Die Finanzen sind also nicht Deutschlands Hauptproblem bei digitaler Bildung. Weniger Bürokratie, mehr Tempo – damit wäre schon viel gewonnen.

### INFO

#### Die Studie und ihre Macher

**Über Preply** Die Online-Lernplattform Preply wurde 2013 in der Ukraine gegründet. Das Unternehmen hat seither nach eigenen Angaben mehr als 15 Millionen US-Dollar Investment erhalten und verfügt über mehr als 180 Angestellte in Zweigstellen in Kiew und Barcelona.

**Netzwerk** Preply bringt Lernende und private Lehrer digital zusammen. Das Netzwerk baut, so das Unternehmen, auf 40.000 verifizierten privaten Lehrern und Tutoren in über 50 Sprachen und einem intelligenten Algorithmus auf, der Schüler mit dem am besten passenden Lehrkräften zusammenbringt.

**Nachfrage** Der Bedarf an Angeboten für digitales Lernen nimmt laut Preply-Mitgründer Kirill Bigai zu: „Während Preply zu Beginn des Jahres 2020 etwa zwei Millionen Unterrichtsstunden und 10.000 Lehrer listen konnte, zählen wir ein Jahr später über zehn Millionen Unterrichtsstunden und rund 40.000 Lehrerinnen und Lehrer aus 190 Ländern.“

**Studie** Die komplette Studie zum E-Learning Index ist online einsehbar:

[preply.com/de/d/e-learning-index](https://preply.com/de/d/e-learning-index)



Ein Schüler arbeitet in einer Grundschule an einem Tablet. FOTO: DPA

### WISSENSDRANG

In der vergangenen Woche hat Kathleen Stock ihre Professur an der englischen Universität Sussex gekündigt, an der sie 18 Jahre gelehrt hatte. Die Morddrohungen gegen ihre Familie und die täglichen Beschimpfungen als „transphobische Scheiße“ waren nicht mehr auszuhalten. Ihr Verbrechen: Die Philosophieprofessorin hatte sich öffentlich dagegen ausgesprochen, dass Männer, die sich selbst zu Frauen erklären, auch ohne jede Einschränkung rechtlich zu Frauen werden.

Für diese Forderung von Transgenderorganisationen scheint es einen guten Grund zu geben: Transgenderfrauen sind oft Angriffen ausgesetzt, besonders in den Männertrakten von Gefängnissen. Es müssen Regelungen gefunden werden, die ihre Sicherheit

## Das Ende einer Professur

Wie eine Genderdebatte in England einen unschönen Ausgang nahm.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

und Würde gewährleisten. Das fordert auch Stock. Das biologische Geschlecht rechtlich abzuschaffen, hält sie jedoch für einen falschen Weg, weil sie Rechtsunsicherheit und massive Folgeprobleme für Frauen befürchtet. Sollen eindeutige rechtliche Kategorien durch unklare Bestimmungen ersetzt werden, die endlose Prozesse auslösen? Sollen Männer sich als Frau auf eine Stelle bewerben können, die ausdrücklich nur Frauen offensteht? Sollen die Sicherheitsprobleme für Transgender auf Kosten der Sicherheit von Frauen gelöst werden, wenn heterosexuelle biologische Männer sich zu Frauen erklären und unbegrenzten Zugang zu Frauenbereichen verlangen können? Ganz abgesehen von den schon bekannten Problemen fairen Wettkampfs im Frauensport und an-

deren Problemen. Nur durch eine tabulose Diskussion der Einzelprobleme könnte hier die für alle Seiten beste Lösung gefunden werden. An vielen englischen Universitäten gilt aber offenbar als „phobisch“ – Neusprech für böse –, wer den Vertretern einer „vulnerablen Gruppe“ widerspricht. Wie konnte es nur dazu kommen, dass Hochschul-lehrer – darunter auch deutsche Kollegen – eine Unterschriftenliste gegen eine kritische Kollegin organisieren, anstatt sie zu einer Diskussion einzuladen und wechselseitig die Argumente zu prüfen? Das ist bitter.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Infektionsbiologin Gabriele Pradel ab.